

II- 7981 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 405113

1989 -06- 2 9

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger, Strobl und Genossen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend

Einbringung eines Bundesbehindertengesetzes

Ihr Amtsvorgänger, Bundesminister Alfred Dallinger, hat bei verschiedenen Anlässen ein Bundesgesetz über die Beratung, Betreuung und besondere Hilfe für behinderte und hilfsbedürftige Menschen (Bundesbehindertengesetz) angekündigt.

Das Bundesbehindertengesetz soll unter anderem folgende Regelungen enthalten:

- o Da aufgrund der Kompetenzzersplitterung im Bereich des Behindertenwesens eine Vielzahl von Einrichtungen für behinderte Menschen zuständig ist, soll die Zusammenarbeit der verschiedenen Rehabilitationsträger verstärkt werden.
- o In einem beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu schaffenden Bundesbehindertenbeirat soll das Mitwirkungsrecht behinderter Menschen verbessert werden.
- o Das Sozial-Service des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Landesinvalidenämter, sowie die Zentrale Hilfsmittelberatungsstelle sollen als unbürokratische Anlaufstellen gesetzlich verankert werden.
- o Ein bundeseinheitlicher Behindertenpaß soll eingeführt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 2 -

1. Sind Sie bereit, die Ankündigung ihres Amtsvorgängers, Bundesminister Alfred Dallinger, zur Schaffung eines Bundesbehindertengesetzes zu verwirklichen?
2. Wie weit sind die Vorarbeiten dafür in Ihrem Ressort gediehen?
3. Welche wesentlichen Punkte wird die diesbezügliche Regierungsvorlage enthalten?
4. Werden Sie noch in dieser Gesetzgebungsperiode dem Nationalrat die Regierungsvorlage eines Bundesbehindertengesetzes zuleiten?